

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Öko-Modellregionen in Nordrhein-Westfalen

nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zur Förderung von Öko-Modellregionen in NRW in der jeweils gültigen Fassung

An die
Bewilligungsbehörde
Bezirksregierung Detmold
Dezernat 33
32754 Detmold

Eingangsstempel

1. Antragsteller/in

Bitte ankreuzen: Antragsteller/in Kreis in NRW (dann weiter bei 1.1)
 rechtsfähiger Zusammenschluss (z. B. e.V. oder GmbH) der Kreise in NRW mit kreisfreien Städten oder mit weiteren kommunalen Partnern (dann weiter bei 1.2)

1.1

Name (Kreis): _____

Anschrift: _____
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Rechtsform: _____

Vertretungsberechtigte/r: _____
(Die Vertretungsberechtigung ist nachzuweisen, siehe 7. Anlagen.)

Ansprechpartner/in: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Bankverbindung: _____
(IBAN/Kreditinstitut)

Ich bin/Wir sind vorsteuerabzugsberechtigt?
 Ja Nein (Bescheinigung des Finanzamtes ist beigelegt)

Weitere beteiligte Kreise: _____
(ohne Antragsteller nach 1.1)

1.2

Name (rechtsfähiger Zusammenschluss): _____

Anschrift: _____
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Rechtsform: _____

Vertretungsberechtigte/r: _____
(Die Vertretungsberechtigung ist nachzuweisen, siehe 7. Anlagen.)

Ansprechpartner/in: _____

Lead Partner¹: _____
(wenn zutreffend)

Mitglieder²: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Bankverbindung: _____
(IBAN/Kreditinstitut)

Ich bin/Wir sind vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja Nein (Bescheinigung des Finanzamtes ist beigelegt)

Die Satzung / Verträge des rechtsfähigen Zusammenschlusses sind als Anlage beigelegt.

2. Gegenstand der Förderung

Personalausgaben eines Regionalmanagers / einer Regionalmanagerin in einer ausgewählten Öko-Modellregion des Landes NRW sowie die angefallenen und angemessenen Sachausgaben des Regionalmanagers / der Regionalmanagerin sowie Ausgaben für die Aktivierung des Gebietes

2.1 Beschreibung der Maßnahme:

2.2 Maßnahmeort:

¹ Bei einer gemeinschaftlichen Bewerbung als rechtsfähiger Zusammenschluss muss ein Kreis als Lead Partner benannt werden. Dies entfällt, wenn aus der Satzung / den Verträgen des rechtsfähigen Zusammenschlusses (Antragsteller) klar erkennbar ist, dass Kreise in NRW dem rechtsfähigen Zusammenschluss mehrheitlich angehören und durch diesen gemeinschaftlich vertreten werden.

² Die Mitglieder des rechtsfähigen Zusammenschlusses sind hier aufzuführen oder als separate Anlage mit dem Antrag vorzulegen.

2.3 Geplanter Sitz bzw. Niederlassung des Öko-Regionalmanagements:

2.4 Name der geplanten Öko-Modellregion:

3. Durchführungszeitraum

Geplanter Durchführungszeitraum vom _____ bis _____.

Wichtiger Hinweis: Mit der Ausführung der Maßnahme (z. B. Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen) darf nicht vor Bewilligung durch die Bezirksregierung begonnen werden.

Über eventuelle Ausnahmen vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns entscheidet die Bewilligungsstelle. Ein entsprechender Antrag ist separat zum Maßnahmeantrag zu stellen.

4. Kosten- und Finanzierungsplan

Werden durch die Maßnahme Einnahmen innerhalb des Durchführungszeitraums erzielt? Ja Nein

Wenn ja, welche? _____
(Beschreibung)

Erwartete Höhe der Einnahmen während des Durchführungszeitraums:

	Betrag in €	Feststellungen der Bewilligungsbehörde
a) Gesamtausgaben der Maßnahme (lt. Kostenberechnung / Finanzierungsplan, inkl. MwSt.)		
b) abzgl. nicht zuwendungsfähiger Ausgaben (z. B. nicht förderfähige Maßnahmenteile): _____		
c) abzgl. Einnahmen		
d) abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung; z. B. zweckgebundene Spenden etc.): _____		
e) Zuwendungsfähige Ausgaben (= Zeile a abzgl. Zeilen b bis d)		
f) Beantragter Fördersatz (in %)		

g) Beantragte Zuwendung (= Zeile e x Zeile f)		
h) Bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne Zeile g) durch: _____		
i) Eigenanteil ³ (= Zeile e abzgl. Zeilen g und h)		
Datum, Unterschrift des Prüfers/der Prüferin		

Beantragte Zuwendung über Projektzeitraum:

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)				
	2021	2022	2023	2024	Summe
Personalausgaben Öko- Regionalmanagement					
Sachausgaben Öko- Regionalmanagement					
Aktivierungskosten des Gebietes					
Summe Zuwendungsfähige Ausgaben in €					
Davon: - Eigenanteil in €					
Davon: - Bewilligte/beantragte öffentliche Förderung in € durch: _____					
Beantragte Zuwendung in €					

Ergänzend ist die Anlage „detaillierte Aufstellung“ auszufüllen und die Personalausgaben für das Öko-Regionalmanagement, die Sachausgaben und die Aktivierungskosten aufgeschlüsselt nach Jahren anzugeben.

³ Hier ist ausschließlich der Eigenanteil des Antragstellers (Kreis oder rechtsfähiger Zusammenschluss) einzutragen. Mittel weiterer beteiligter Kreise und kreisfreier Städte gelten als öffentliche Förderung und sind in Zeile h anzugeben.

5. Erklärungen/Verpflichtungen

- 5.1 Ich/Wir erkläre/n, dass vor Bewilligung des Antrags oder Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch die Bezirksregierung nicht mit der zu fördernden Maßnahme begonnen wird.
- 5.2 Ich/Wir erkläre/n, dass Daten für die Evaluation der Maßnahme sowie des Gesamtprogramms vorgehalten und abgefragt werden können.
- 5.3 Mir/Uns ist bekannt, dass die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben des Antrages auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsinstanzen kontrolliert werden können. Zu diesem Zweck wird dem Kontrollpersonal ein Betretungsrecht auf den Grundstücken sowie in den Betriebs- und Geschäftsräumen und das Recht auf Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen eingeräumt. Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns, die zur Prüfung notwendigen Auskünfte zu erteilen.
- 5.4 Ich/Wir erkläre/n, dass die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind und bekannt ist, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (1. WiKG)) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) und dem Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBL. I, S. 2037) sind.
- 5.5 Ich/Wir versichere/n, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich/uns keine Geldbuße von wenigstens 2.500 € nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich/wir nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.
- 5.6 Mir/Uns ist bekannt, dass Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme gefördert werden, ggf. nicht gleichzeitig nach diesen Grundsätzen gefördert werden dürfen und insoweit eine entsprechende Mitteilungspflicht besteht. Hierzu gehören u.a. auch zinsverbilligte Darlehen der NRW.BANK, Investitionszuschüsse und Steuerermäßigungen nach § 35a EStG.

6. Datenschutz

- 6.1 Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben des Antrages an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können.
- 6.2 Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.

- 6.3 Mir/Uns ist bekannt, dass für jede Einzelbeihilfe über 60 000 Euro bei Beihilfeempfängern, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind, auf einer zentralen Beihilfe-Website gemäß Randnummer 128 des Agrarrahmens die Namen der Beihilfeempfänger, Art der Beihilfe und Beihilfebetrug, Tag der Gewährung, Art des Unternehmens, Region, in welcher die Beihilfeempfänger angesiedelt sind und der Hauptwirtschaftszweig, in welchem die Beihilfeempfänger tätig sind, veröffentlicht werden.
- 6.4 Auskunftsrecht / Einsichtnahmerecht: Die Bewilligungsbehörde ist grundsätzlich verpflichtet, der Antragstellerin oder dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zu ihrer oder seiner Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung der zur eigenen Person verarbeiteten Daten zu geben. Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist verpflichtet, Angaben zu machen, die das Auffinden der Daten mit angemessenem Aufwand ermöglichen. Auskunftserteilungen und Einsichtnahmen sind gebührenfrei, die Erstattung von Auslagen kann verlangt werden. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung oder zur Gewährung der Einsichtnahme entfällt so weit überwiegende Interessen entgegenstehen. Das ist beispielsweise der Fall, wenn die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben der verantwortlichen Stelle erheblich gefährdet würde. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden.

Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSGVO NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV. NRW. 20061).

- 6.5 Ich/wir willigen ein, dass die Angaben aus den im Antrag erhobenen projekt- und personenbezogenen Daten für die Bearbeitung des Antrags-, Bewilligungs- und Abrechnungsverfahrens zur Förderung von Öko-Modellregionen im Rahmen der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV) in der geltenden Fassung beim MULNV und bei der Bewilligungsbehörde verarbeitet und gespeichert werden dürfen.

7. Anlagen

Folgende Anlagen sind beigefügt (soweit zutreffend):

- Anlagen zur Rechtsform (z. B. Registerauszug)
- Anlagen zur Vertretungsbefugnis
- Liste der Mitglieder des rechtsfähigen Zusammenschlusses (für Antragsteller nach 1.2)
- Bescheinigung über die Vorsteuerabzugsberechtigung des Finanzamtes
- detaillierte Ausgabenaufstellung
- Erklärung über Drittmittelfinanzierungen
- Entwurf des Arbeitsvertrags
- Stellenprofil

Nur bei Kreisen, Städten und Gemeinden als Antragsteller anzugeben:

Ein Haushaltssicherungskonzept ist:

- nicht zu beachten
- zu beachten
 - Die Maßnahme wird im Rahmen eines genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes durchgeführt.
 - Es liegt ein nicht genehmigtes Haushaltssicherungskonzept vor. Die Stellungnahme des Kämmerers und die Zustimmung der Kommunalaufsicht sind dem Antrag beigelegt.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Name in Druckbuchstaben und Funktion

Bescheinigung des Finanzamtes _____ zur Vorlage bei der Bezirksregierung Detmold

Förderantrag vom _____ (bitte Ablichtung des Antrags dem Finanzamt vorlegen)

Maßnahme: _____

A. Angaben zur Person

Name Vorname, Firma	
Geburtstag, Gründungsdatum	Rechtsform
Wohnort, Firmensitz, Straße, Hausnummer	

B. Angaben zum Vorsteuerabzug

Dem/der Antragsteller/in steht für die im Rahmen der beantragten Fördermaßnahme bezogenen Leistungen

- kein Vorsteuerabzug
 nur ein anteiliger Vorsteuerabzug in Höhe von _____ v.H.

zu.

Begründung:

Der Vorsteuerabzug steht dem Antragsteller für die nachfolgend beschriebenen Leistungsbezüge

Beschreibung der Leistungsbezüge (ggf. auf gesondertem Blatt)

- nicht zu, weil
- der Antragsteller nicht unternehmerisch tätig ist und durch die geförderte Maßnahme auch nicht unternehmerisch tätig wird.
 - der Antragsteller zwar unternehmerisch tätig ist, der Vorsteuerabzug aber nach § 15 UStG ausgeschlossen ist.
- nur teilweise zu, weil die Leistungen im Rahmen der beantragten Fördermaßnahme vom Antragsteller nur teilweise für eine unternehmerische Tätigkeit bezogen werden.

Diese Bescheinigung dient ausschließlich der Verwendung im Rahmen des oben genannten Förderantrags. Sie entfaltet für etwaige Steuerfestsetzungen keine Bindungswirkung.

Im Auftrag

(Siegel des Finanzamtes)

Nur **gültig** im Original, ohne Streichungen, **mit** Dienstsiegel und Unterschrift oder als beglaubigte Fotokopie

Erklärung über Drittmittelfinanzierungen (z. B. Mittel weiterer beteiligter Kreise oder kreisfreier Städte)

Auf Briefpapier des Drittmittelgebers

[Projektträger]

Erklärung über die Gewährung von Finanzmitteln für die Öko-Modellregion „[Regionsname]“

Hiermit wird seitens [des Drittmittelgebers] bestätigt, dass zur Umsetzung des Regionalmanagements in der Öko-Modellregion „[Regionsname]“ Finanzmittel in Form einer Anteilsfinanzierung ([Angabe des Prozentsatzes] %) in einer Höhe von [Gesamtbetrag in EUR] bereitgestellt werden.

Die Mittel werden in den Haushaltsjahren der Projektlaufzeit wie folgt bereitgestellt:

- Im Jahr [202x]: [Betrag in EUR]
- Im Jahr [202x]: [Betrag in EUR]
- Im Jahr [202x]: [Betrag in EUR]
- Im Jahr [202x]: [Betrag in EUR]

Die [gesamten/jährlichen] Drittmittel werden nach der Projektbewilligung [vorschüssig/zu Jahresbeginn] vom [Projektträger] zur Deckung der Projektausgaben abgerufen.

Sofern im Zusammenhang mit der Projektumsetzung die Drittmittel nicht in vollem Umfang für nach der Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Öko-Modellregionen in Nordrhein-Westfalen förderfähige Projektausgaben in Anspruch genommen werden, so

- sind die überschüssigen Mittel mit Erstellung des Schlussverwendungsnachweises an [den Drittmittelgeber] zurückzugeben,
- ist zeitgleich der Bewilligungsbehörde ein Nachweis über die erfolgte Rückzahlung zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum Name in Druckbuchstaben Rechtsverbindliche Unterschrift(en)